

WIRTSCHAFT

MENSCHEN & MÄRKTE

THOMAS MITTELHOFF

Gericht setzt Haftbefehl gegen Ex-Topmanager aus

Der frühere Topmanager **Thomas Middelhoff** hat nach mehr als fünf Monaten Untersuchungshaft gute Chancen auf die Freiheit. Das Landgericht Essen setzte den Haftbefehl gegen den 61-Jährigen außer Vollzug, wie das Gericht mitteilte. Vor einer Haftentlassung müsse Middelhoff aber Auflagen erfüllen. Welche Auflagen das sind, teilte das Gericht zunächst nicht mit. Middelhoff leidet an einer Autoimmunerkrankung. Deshalb hatte die Verteidigung erneut eine Haftprüfung beantragt. Middelhoff sei in der Untersuchungshaft über Wochen einem Schlafentzug ausgesetzt gewesen, der sein Immunsystem geschwächt habe, so die Verteidigung. Der Manager ist derzeit zur Behandlung in einer Essener Klinik.

FERDINAND PIËCH

Staatsanwalt bereitet Klage gegen Porsche-Aufseher vor

Im Sommer will die Stuttgarter Staatsanwaltschaft Klage gegen die Aufsicht der Porsche-Dachgesellschaft **Ferdinand Piëch** (78) und **Wolfgang Porsche** (71) wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur Marktmanipulation erheben. Das berichtet das Hamburger Wirtschaftsmagazin BILANZ in seiner am Freitag erscheinenden Ausgabe. Auf der Anklagebank müssten neben Piëch und Porsche alle Porsche-Aufseher des fraglichen Zeitraumes Platz nehmen, darunter auch der Aufsichtsratschef der Deutschen Telekom, **Ulrich Lehner** (68). Ende Juli soll auch das Hauptverfahren gegen die früheren Porsche-Manager **Wendelin Wiedeking** (62) und **Holger Härter** (59) wegen Marktmanipulation beginnen. Die damalige Porsche-Spitze soll die Anleger im Unklaren über die wahren Absichten bei der Übernahme von VW gelassen haben.

BENJAMIN OTTO

Collins-Chef will bei Otto Group mehr Digitalisierung

Nach dem erfolgreichen Start des Internet-Handelsprojekts Collins übernimmt der bisherige Chef **Benjamin Otto** mehr Verantwortung für die Otto Group. Vom 1. Juni an wolle er als gestaltender Gesellschafter den Digitalisierungsprozess im Konzern vorantreiben, kündigte der 39-Jährige in Hamburg an. Die Mehrheit an dem Handelsriesen hält die Michael Otto-Stiftung, in der die Otto-Familie ihre Anteile gebündelt hat.

THEMEN



CHARLOTTE CARLBERG BÄRG

Armut

Ein Däne will die Hilfe nicht der Diplomatie überlassen

Seite 10



APFROHANNES ESELE

Umwelt

Elektro-Fahrzeuge sind in China ein Flop

Seite 12



Die Krisenpolitik der Notenbank gerät von vielen Seiten unter Beschuss. Jüngst protestierte eine Aktivistin bei der EZB-Presskonferenz mit Präsident Mario Draghi

EZB droht eine Untätigkeitsklage

Verfassungsrechtler Kerber wirft Bankenaufsicht laxen Umgang mit griechischen Instituten vor

SEBASTIAN JOST

Markus C. Kerber überließ nichts dem Zufall. Auch nicht dem des Briefträger-Alltags. Der Berliner Rechtsanwalt und Finanzprofessor schickte eigens einen Gerichtsvollzieher los, um seinen Brief bei der Europäischen Zentralbank (EZB) abzugeben. Er wollte sichergehen, dass das sechsstufige Schreiben samt diverser Anlagen tatsächlich in Frankfurt einging – und will dies auch vor Gericht beweisen können. Denn die Sendung von Anfang April hat es in sich. Sie setzt die Notenbank bei ihrer ohnehin umstrittenen Griechenland-Politik weiter unter Druck.

Es geht um die Frage, wie die EZB mit den Banken des Krisenlandes umgehen muss. Bisher lässt sie die griechische Notenbank gewähren, die den Instituten immer mehr Notfallkredite gibt. Der Jurist und ehemalige Bankkaufmann hält das für rechtswidrig, weil diverse betroffene Häuser aus seiner Sicht längst nicht mehr solvent sein dürften. Deshalb müsse die Bankenaufsicht der EZB, die für die größten Banken Griechenlands zuständig ist, einschreiten. In seinem Schreiben an die Bankenaufsichts-Chefin Danièle Nouy verlangt Kerber nach Informationen der „Welt“ Auskunft darüber, welche Maßnahmen die EZB bislang bei den griechischen Kreditinstituten ergriffen hat – und droht mit einer Untätigkeitsklage, falls die Frankfurter Aufsicht einfach nur zuschauen sollten.

Unabhängig von den juristischen Detailfragen gießt Kerber damit Öl ins Feuer, denn der Umgang mit den griechischen Banken ist höchst kontrovers. Seit Monaten ziehen Kunden Milliarde

um Milliarde von griechischen Konten ab, so dass die Institute immer stärker von Zentralbank-Mitteln abhängig werden. Für die EZB ist die Lage kniffliger als bei früheren Eskalationen der Griechenland-Krise. Denn seit November ist die europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB auch für die vier größten Hellen-Banken zuständig. Das macht den Umgang mit den Notfallkrediten, deren Rah-

men sich inzwischen auf 74 Milliarden Euro beläuft, besonders delikata.

Die Unterstützung dieser Banken ist in der Notenbank entsprechend umstritten, sowohl auf der Aufsichts- als auch auf der Geldpolitik-Seite. So setzen die Bankenaufsicht durch, dass die griechischen Banken keine zusätzlichen Schatzwechsel ihres Heimatlandes mehr zeichnen dürfen, weil sich dadurch gewisse Risiken in

ihren Bilanzen vergrößern würden. Einer orthodoxen Fraktion um Bundesbank-Präsident Jens Weidmann geht das freilich nicht weit genug, sie würde die Hellen-Banken gerne zwingen, diese Positionen nicht nur einzufrieren, sondern zurückzufahren. Der EZB-Rat wiederum erhöht die Obergrenze für Notkredite der griechischen Zentralbank nur in Trippelschritten, was die Banken stets im Ungewissen lässt. Regierungschef Alexis Tsipras bringt das so in Rage, dass er sich in einem Brief an die deutsche Kanzlerin darüber beschwerte – ganz so, als erwarte er von Angela Merkel, die unabhängige EZB zur Ordnung zu rufen.

Bisher belässt es die Zentralbank bei solchen Nadelstichen. Wirklich schmerzhafte Schritte gegen griechische Banken bleiben aus. Kerber hat deshalb schon EZB-Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied Peter Praet mit der Frage konfrontiert, warum die griechischen Banken weiterhin Mittel von der Zentralbank erhalten. Die Krux: Diese Notkredite unterliegen zwar laxeren Kriterien als die üblichen Finanzierungsmittel, die sich Banken bei der EZB leihen können. Unumstößlich ist aber die Bedingung, dass keine Banken finanziert werden dürfen, die faktisch insolvent sind, also der Pleite geweiht. Über die Solvenz wacht wiederum die Aufsicht – also Nouys Behörde.

Bislang betonten sowohl Nouy als auch EZB-Präsident Mario Draghi, dass die betroffenen griechischen Banken sehr wohl solvent seien. Diese Einschätzung sei „mit rationalen Maßstäben kaum noch nachvollziehbar“, argumentiert Kerber in seinem Schreiben und führt mehrere Indizien an, die gegen eine Solvenz der Banken sprächen. So sei es schwierig, am Markt noch Kreditausfallversicherungen

KOMMENTAR

SEBASTIAN JOST

Zu viele Fronten

Die pingeligen Deutschen mal wieder. Als sich die europäischen Finanzpolitiker längst auf die pragmatische Lösung eingestellt hatten, die gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln, kam aus Berlin und Frankfurt noch immer Genörgel. Die Unabhängigkeit der Geldpolitiker sei in Gefahr, wenn diese gleichzeitig auch Banken beaufsichtigen sollten. Durchsetzen konnten sich diese Bedenken nicht.

Doch die neue Eskalation der Griechenland-Krise zeigt, wie berechtigt die Warnungen waren. Schon die Geldpolitik allein ist in dieser Lage knifflig genug. Seit Wochen mühen sich die EZB-Entscheider mit dem Spagat, dem politischen Ringen um einen Verbleib des Landes in der Währungsunion nicht vorzugreifen und die eigenen Regeln zur Finanzierung von Banken dennoch nicht unendlich weit zu dehnen.

sebastian.jost@welt24.de

Lokführer streiken von Dienstag bis Donnerstag

Fünf Prozent mehr Lohn und eine Stunde weniger Arbeitszeit lauten die Forderungen der Gewerkschaft GDL

Die Lokführergewerkschaft GDL hat für Dienstag, Mittwoch und Donnerstag den nächsten Streik bei der Bahn angekündigt. Zunächst werde der Güterverkehr betroffen sein, teilte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mit. Am Mittwoch folge der Personenverkehr. Eine Bahnsprecherin erklärte, das Unternehmen wolle erneut einen reduzierten Ersatzfahrplan einführen. Dieser solle schon vor dem eigentlichen Streikbeginn greifen. Warum die Deutsche Bahn schon wieder vor einem Lokführerstreik steht: **An welchem Punkt sind die Verhandlungen diesmal geplatzt?**

„Es gibt den Knackpunkt, an dem es gescheitert ist: Das sind die Lokrangierführer“, sagte GDL-Chef Claus Weselsky. „Hier versucht die Deutsche Bahn AG, den billigen Jakob im Tarifvertrag mit der GDL zu verankern.“ Offensichtlich pocht die GDL auf eine weitgehende Gleichstellung der 300 Lokrangierführer mit den rund 20.000 Lokführern, die im Personen- und Güterverkehr unterwegs sind.

Was unterscheidet Lokführer von Lokrangierführern?

Lokführer steuern Züge mit Fahrgästen im Fern- und Nahverkehr oder ziehen mit ihrem Triebwagen Güterwagen. Lokrangierführer sind für das Rangieren auf Bahnhöfen da – also für das Auflösen, Zusammenstellen oder Umsetzen von Zügen sowie für das Kupplern oder Entkupplern von Fahrzeugen. Sie können auch Loks zum Rangieren bewegen. **Hat die GDL keine andere Möglichkeit, als ein Scheitern zu erklären?** Das ist schwer zu beurteilen. GDL-Chef Weselsky fuhr schwere Geschütze auf: Die Bahn spiele in unverantwortlicher Weise auf Zeit. „Was heute auf dem Tisch ist, ist nichts wert, weil alles wieder zurückgenommen werden kann“, sagte er nach der 16. Verhandlungsrunde. Dann legte Weselsky nach – und warf Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber vor, „an der Stelle“ zu lügen. **Wie sieht das die Deutsche Bahn?**

Die Bahn stellte den Stand so dar, dass man in Schritten vorankomme, zuletzt sogar schneller als selbst gedacht. Der bundeseigene Konzern räumte ein, dass die Gespräche mit der GDL über die künftige Eingruppierung der Lokrangierführer schwierig waren. Aber auch in diesem Punkt hätten „beide Seiten Grundzüge einer gemeinsamen Lösung erarbeitet“. Es habe also keinen Grund zum Abbruch gegeben.

Wie weit waren die Tarifverhandlungen gekommen?

Beide Seiten hatten sich im Februar grundsätzlich auf eine Kombination von Flächentarifvertrag und Haustarifvertrag geeinigt. Dabei soll der Flächentarifvertrag, der bisher für Lokführer gilt, auch auf weitere Berufsgruppen des Zugpersonals ausgedehnt werden – also etwa auf Zugbegleiter und auch Lokrangierführer. Die Details für die diversen Berufsgruppen werden in den Haustarifverträgen geregelt. Den Flächentarifvertrag will die GDL – wie bisher – zur Grundlage von Tarifverhand-

lungen mit anderen Eisenbahnunternehmen machen. Eine Schlichtung des Tarifstreits lehnte die Gewerkschaft ab. **Geht es auch ums Geld?**

Ja. Fünf Prozent mehr Lohn, eine Stunde weniger Arbeitszeit und eine Begrenzung von Überstunden lauten die Forderungen der GDL. Doch darüber wurde in der seit Sommer 2014 dauernden Tarifrunde noch gar nicht verhandelt. Erst muss die neue Tarifstruktur stehen. Dieses Projekt ist auch deshalb so kompliziert, weil es nach dem Willen der Bahn am Ende widerspruchsfrei neben dem Tarifvertrag stehen soll, das sie mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) aushandelt.

Welche Rolle spielt das geplante Gesetz zur Tariffreiheit?

Eine große, denn es wird voraussichtlich die Tariflandschaft bei der Deutschen Bahn kräftig aufmischen. Künftig soll pro Betrieb nur noch die jeweils größte Gewerkschaft Tarifverträge abschließen, die anderen dürften dann faktisch nicht mehr streiken. Da beste-

für die vier großen griechischen Banken zu bekommen. Außerdem bestehe das Eigenkapital der Institute zu einem erheblichen Teil aus Steuerforderungen gegen die klemme griechische Regierung – und diese Forderungen erfüllten auch nicht die formalen Voraussetzungen, um als Eigenkapital anerkannt zu werden, so Kerber. Er sieht die Gefahr, dass die vier Institute zu „Zombiebanken“ werden, die weder genug Eigenkapital noch flüssige Finanzmittel haben, „um im Kreditgewerbe tätig zu bleiben“.

Die Aufsicht sei nach einschlägigen EU-Richtlinien verpflichtet, die Lage der Banken zu untersuchen, unter anderem mit Blick auf das Eigenkapital und die Verschuldungsquote. Tue die Behörde das nicht, würde dies aus Kerbers Sicht „schwere Amtspflichtverletzungen nach sich ziehen“. Der Jurist fragt deshalb, ob Nouy die Banken aufgefordert habe, ihre Solvenz nachzuweisen oder ihre Geschäftspolitik zu ändern. Angesichts der Zweifel an der Solvenz der griechischen Banken vertrete er die Auffassung, „dass es die Verpflichtung Ihres Gremiums wäre, dem EZB-Rat immediat und ohne jede Verzögerung die Notwendigkeit der Abwicklung der oben genannten Banken vorzuschlagen“, schreibt Kerber weiter. Ansonsten setze sich Nouy dem Vorwurf aus, ihren Pflichten nicht nachzukommen. „Eine Untätigkeitsklage ... gegen die EZB wäre die unmittelbare Folge.“

Die EZB wollte sich zu der drohenden Klage nicht äußern und verwies darauf, dass ihre Maßnahmen hinsichtlich konkreter Banken vertraulich seien. „Die EZB hat eine Reihe von Aufsichtsmaßnahmen getroffen, aber wir können solche Schritte bezüglich einzelner Banken oder einer Gruppe von Banken nicht kommentieren“, so ein Sprecher. Die griechischen Banken erfüllten jedoch die Mindestkapitalanforderungen. Die EZB beobachte die Situation und sei in engem Kontakt mit der griechischen Zentralbank und dem gesamten Bankensektor, hieß es weiter.

Kerber hält die Bankenaufsicht durch die EZB grundsätzlich für problematisch. Vergangenen Sommer hat er zusammen mit anderen Wissenschaftlern in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen die neu geschaffene Konstruktion eingereicht. Aus ihrer Sicht ist es nicht mit den EU-Verträgen vereinbar, dass die Notenbank als geldpolitische Institution nun auch Banken beaufsichtigt. Durch die Hellen-Politik sieht sich Kerber in dieser Auffassung bestärkt. Die Notfallkredite an die griechischen Banken belegten ebenso wie das neue Programm zum Verkauf von Staatsanleihen die Interessenskollision für die EZB, argumentiert der Jurist in einem ergänzenden Schriftsatz an das Verfassungsgericht.

Es sei offensichtlich, dass die EZB als Bankenaufsicht ein Interesse daran habe, die Schiefelage einzelner Institute zu vertuschen. „Um diesem Szenario zu entgegen, werden geldpolitisch getarnte Instrumente eingesetzt“, die aber mit den EU-Verträgen unvereinbar seien. Gleichzeitig ist das Euro-System der Notenbanken selbst der größte Gläubiger der griechischen Banken, wäre also von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen gegen diese Häuser stark betroffen. Dies alles „beweist einmal mehr, dass die Aufgaben von Geldpolitik und Bankaufsicht nicht in die Hand einer supranationalen Zentralbank gelegt werden können“.